

Wiedervereinigung bedeutet die Verständigung zwischen zwei deutschen Staaten. Dieser Annäherung und Verständigung stehen die Alleinververtretungsmaßnahme und die Revanchepolitik der westdeutschen Bundesregierung, die Vorbereitung der Notstandsdictatur, die Atomrüstung und die einseitige Bindung Westdeutschlands an die USA im Wege. Nur der kann glaubwürdig versichern, er wünsche die Wiedervereinigung, der für die Beseitigung dieser Hindernisse kämpft. Im anderen Falle wird der Gebrauch des Wortes „Wiedervereinigung“ nur zu einem Manöver, das über die verhängnisvollen Folgen der Anpassung an die anti-nationale Politik der CDU/CSU-Führung hinwegtäuschen soll.

Die aggressive Politik der Führung der CDU/CSU einerseits und der Wille des Volkes nach Sicherung des Friedens andererseits stellen die westdeutsche Sozialdemokratie gerade jetzt vor Entscheidungen von weitreichender Bedeutung.

Wie ist die SPD in die Lage geraten, daß jetzt von ihr klare Entscheidungen abverlangt werden? In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg hatte anfänglich die SPD gegen die Restaurierung der Macht der alten Kräfte des Monopolkapitals Stellung genommen. Aber dann, in der Periode des Marshall-Planes, verzichtete sie darauf, eine selbständige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik auszuarbeiten und für deren Durchsetzung zu kämpfen.

Die SPD hatte ihren Deutschlandplan veröffentlicht, der einen Weg zur Verständigung und auch Elemente der zeitweisen Bildung einer deutschen Konföderation enthielt. Hier hätte es Anknüpfungspunkte gegeben. Dann jedoch gab der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Herbert Wehner, im westdeutschen Bundestag jene bedauerliche Erklärung ab, die den Deutschlandplan und die in ihm enthaltene eigene Alternative über Bord warf. Das geschah zugunsten einer Gemeinsamkeit mit der Politik der herrschenden Partei des westdeutschen Großkapitals. Das Ergebnis dieser Politik, die in die Sackgasse führte, ist eine zunehmende außenpolitische Isolierung der westdeutschen Bundesrepublik und eine weitere Versteinerung der deutschen Spaltung.

Viele westdeutsche Sozialdemokraten aber fragen, weshalb denn ausgerechnet die seit Gründung der westdeutschen Bundesrepublik von der Macht im westdeutschen Staat ausgeschlossene Sozialdemokratie freiwillig der bankrotten CDU/CSU-Politik in der Sackgasse Gesellschaft leisten muß. Will denn die westdeutsche Sozialdemokratie auch weiterhin Gefangene der gescheiterten CDU/CSU-Politik bleiben? Wäre es